Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister

Magdeburg, 29.01.07

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/027(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 17.01.2007	AltesRathaus, Beimszimmer	17:00Uhr	19:45Uhr

<u>Tagesordnung:</u>
Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung, Begrüßung und Bürgersprechstunde

2 Festsetzung der Beschluufähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung

3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.12.2006

4 Beschlussvorlagen

4.1 Grundsatzbeschluss - Bürgerhaus in Salbke
BE: V/02
Vorlage: DS0520/06

5 Informationen

5.1 Quartalsbericht ARGE III. Quartal 2006
BE: Geschäftsführung ARGE
Vorlage: I0346/06

6 Informationen zum Gesunden-Städte-Netzwerk
BE: Bg V

7 PSAG-Bericht 2005 - Entwicklungen, Tendenzen, Situation psychisch Kranker 2006
BE: Mitglieder der PSAG

8 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r
Stadtrat Thorsten Giefers
Mitglieder des Gremiums
Vors. des Stadtrates Jens Ansorge
Stadtrat Norbert Bischoff
Stadtrat Hugo Boeck
Stadtrat Dr. Jürgen Hildebrand
Stadtrat Dr. Gerhard Reichel
Stadtrat Johannes Rink
Beratende Mitglieder
Stadträtin Birgit Kriese
Stadtrat Mirko Stage
Sachkundige Einwohner/innen
Sachkundige Einwohnerin Annett Hörold
Sachkundiger Einwohner Dieter Weigelt
Sachkundiger Einwohner Klaus-Peter Westphal
Geschäftsführung
Frau Evelyn Pietschmann

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Bürgersprechstunde

Stadtrat Giefers eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.
Eine Bürgersprechstunde findet nicht statt, da sich keine Bürger eingefunden haben.

2. Festsetzung der Beschluufähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne weitere Zusätze bestätigt.
6 – 0 – 0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.12.2006

Anmerkungen zur Niederschrift vom 13.12.2006 gibt es seitens der Stadträte nicht.
5 – 0 – 1

4. Beschlussvorlagen

4.1. Grundsatzbeschluss - Bürgerhaus in Salbke
BE: V/02
Vorlage: DS0520/06

Zu diesem TOP ist Dr. Gottschalk anwesend. Die Drucksache liegt den Stadträten vor.
Dr. Gottschalk erläutert die DS.
Der Förderverein Alte Schule Salbke e.V. hat sich am 23.02.2006 gegründet. Da es sich um einen Grundsatzbeschluss handelt, konnten konkrete Fragen noch nicht beantwortet werden. Ein Entwicklungskonzept zum Bürgerhaus liegt vor. Das Bürgerhaus Salbke ist als generationen-Übergreifendes, mehrgenerative öffentlich nutzbare Einrichtung konzipiert. Neben dem Förderverein zeigen weitere Vereine Interesse zur Nutzung des Bürgerhauses. So u.a.: der Tanzklub Blau-Silber e.V., Das Europäische Bildungswerk für Beruf und Gesellschaft e.V., der Bürgerverein Salbke e.V., der Magdeburger Anglerverein e.V., der Kneippverein Magdeburg e.V., der Getränkefachgroßhandel Breitenstein, der Malteser Hilfsdienst GmbH und die Gesellschaft zur Förderung junger Musiker e.V.
Die finanziellen Mittel zur Umsetzung des Projektes könnten aus Mitteln des Stadtumbau Ost kommen.
Die folgende Diskussion zeigt, dass der Grundsatzbeschluss positiv aufgenommen wird.
Herr Pischner erinnert an die Barrierefreiheit des Gebäudes (geplant ist ein Fahrstuhl). Stadtrat Dr. Reichel fragt an, ob es mobiles Bürgerbüro integriert werden könnte? Herr Weigelt fragt nach den aufgezeigten Bewirtschaftungskosten. Frau Bröcker antwortet, dass diese nur eine vorläufige Kalkulation sind.
Für Stadtrat Ansorge ist die Drucksache nicht schlüssig.
Stadtrat Giefers bedankt sich bei Dr. Gottschalk für die gemachten Ausführungen.

4 mit Ja
0 mit Nein
3 Mit Enthaltung
Die DS 0520/06 wird dem Stadtrat zur Beschlussfassung empfohlen.

5. Informationen

5.1. Quartalsbericht ARGE III. Quartal 2006
BE: Geschäftsführung ARGE
Vorlage: I0346/06

Anwesend zur diesem TOP ist Frau Rosam, Geschäftsführerin der ARGE. Die I 0346/06 liegt den Stadträten vor.
Frau Rosam erläutert die Information und legt den Stadträten neue und aktuelle Zahlen vor.
Zum Vergleich: Bedarfsgemeinschaften 2005 = 17.000
2006 = 20880
Innerhalb des Jahres 2006 verringerte sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften von 22.880 auf 20.880. In der ARGE sind derzeit 400 MitarbeiterInnen beschäftigt, davon ca. 2/3 festangestellt und 1/3 befristet. Die Zahl der Leistungsempfänger erhöhte sich von Januar 2006 (27.728) auf Dezember 2006 (28.672). Ziel ist es, die Integration (in Ausbildung oder auf dem 1. Arbeitsmarkt) zu erhöhen.
Insgesamt wurden 2006 40,8 Mio EUR an Mitteln bereit gestellt. Bis 31.12.2006 erfolgte eine Gesamtbindung in Höhe von 38,2 Mio EUR.
Die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit zur gemeinsamen Vermittlung von Leistungsempfängern soll weiter verbessert werden. Wichtige Bestandteile der Integration sind weiterhin die ABM, 1-EURO-Jobs und die Entgeldvarianten.
Stadtrat Giefers bedankt sich bei Frau Rosam für die gemachten Ausführungen und eröffnet die Diskussionsrunde.
Herr Pischner fragt nochmals an, wie der Umgang mit Menschen mit Behinderung abläuft. Frau Rosam antwortet, das in diesen Fällen eine enge Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit (Reha-Zentrum) besteht und ein eigenes Sachgebiet bei der ARGE für Menschen mit Behinderung gibt es nicht.
Weitere angesprochene Themen waren u.a. die Bürgerarbeit, Fragen zur Betreuung seelisch Erkrankter, Sanktionen bei Arbeitsverweigerung bei Jugendlichen und die Mitarbeiterzufriedenheit. Die Bearbeitungszeit von Anträgen (wenn alle Unterlagen vorhanden sind) soll auf max. 15 Tage beschränkt werden.
Die Frage, was Mittellosen (OfW) zusteht, antwortet Frau Rosam, dass diese ihre Tagessätze täglich erhalten.
Die I 0346/06 wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.

6. Informationen zum Gesunden-Städte-Netzwerk
BE: Bg V

Frau Bruns vom Büro Bg V gibt den Stadträten aktuelle Informationen zum Gesunde-Städte-Netzwerk. Seit 2004 fanden verschiedene Aktionen statt. So u.a. die 1. Gesundheitskonferenz, Planungswerkstätten und Projekte gemeinsam mit der AQB und der GISE. Weitere Projekte wurden und werden auf den Weg gebracht. Noch in Erinnerung ist das Projekt „Magdeburg bewegt, beweg dich mit“. Dort wurden vor allem Kinder und Kitas und Schulen angesprochen. Neu geplant ist das Projekt „Aktivierende Hilfe für ältere und/oder behinderte Menschen“. Für 2007 ist eine engere Zusammenarbeit mit Studenten der FH Magdeburg/Stendal geplant sowie

eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Krankenkassen. Mit Hilfe von arbeitsförderlichen Maßnahmen soll das Gesunde-Städte-Büro kompetent besetzt werden.
Herr Dr. Göpel von der FH MD/Stendal ergänzt die Ausführungen von Frau Bruns. Er macht Ausführungen zur Stadtteilorientierung und stellt auch die Schwierigkeiten bei der Verankerung der Thematik in den GWA-Runden in den Stadtteilen Ottersleben und Neu-Olvenstedt (beide Modellregionen) dar. In den nächsten Jahren soll gezielt die Zusammenarbeit mit den GWA gefördert werden und finanzielle Ressourcen müssen gefunden werden. Die Zusammenarbeit mit der Presse soll gefördert und verbessert werden. Die Problematik des Gesunde-Städte-Netzwerkes soll aufbereitet werden und allen im Internet zugänglich gemacht werden.
In nächsten Zeit soll es eine Strukturveränderung geben. Das Gesunde-Städte-Netzwerk war bislang im Büro der Bg V angesiedelt. Geplant ist die Strukturanbindung im Amt 53 (Gesundheits- und Veterinäramt).
Informationsmaterial wird an alle Stadträte und Interessierte verteilt.
Stadtrat Giefers bedankt sich für die gemachten Ausführungen.

7. PSAG-Bericht 2005 - Entwicklungen, Tendenzen, Situation psychisch Kranker 2006
BE: Mitglieder der PSAG

Frau Sapandowski führt in dieses Thema ein. Sie berichtet von Veränderungen im Bereich der Eingliederungshilfen bei psychisch Kranken im Erwachsenenbereich. Weiterhin erklärt sie die Veränderungen in den Bereichen Bildung und Arbeit für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder seelischen Behinderungen. In der Psychiatrischen Klinik des Universitätsklinikums sollen weitere Selbsthilfegruppen angebunden werden.
Nach Aussage der Telefonseelsorge gibt eine steigende Zahl von Anrufen zur Thematik „psychische Erkrankung“ (2004 = 1540 Anrufe, 2006 = 2375 Anrufe).
Trotz vieler positiver Entwicklungen bestehen auch Defizite. So wird aufgrund langer Wartezeiten die ärztliche Versorgung bemängelt.
Das Dez. V hat eine Kooperationsvereinbarung zum komplexen Hilfebedarf auf den Weg gebracht. Diese beinhaltet u.a. die individuelle Hilfeplanung mittels eines einheitlichen Hilfeplan-
Instrumentes unter Einbeziehung des Betroffenen.
2006 gab es durch den FA u.a. folgende Projekte:
Neuauflage des Krisenpasses, Beteiligung am Filmfestival, Schulprojekt „Verrückt na und“, Informationsmappe für Ärzte ist in Arbeit, Bedarfsermittlung für Wohngemeinschaften psychisch Kranken und in der ARGE wurden 2 MitarbeiterInnen für die Zusammenarbeit benannt.
Frau Schäfer, Geschäftsführerin des „Der Weg e.V.“ führt fort. Sie plädiert für einen Gemeinde-psychistischen-Verbund. Es soll eine wohnortnahe Versorgung der Erkrankten gewährleistet werden. Sie bittet den Ausschuss um Unterstützung. Frau Bröcker wirft ein, dass das eine Sache der freien Träger ist, die Stadt sollte in einem solchen Verbund nicht tätig werden. Eine Abstimmung mit der Stadt sollte jedoch erfolgen. So u.a. mit Frau Dr. Wolter vom Gesundheits- und Veterinäramt.
Stadtrat Giefers schlägt vor, dass sich PSAG und Verwaltung an einen Tisch setzten und gezielt darüber reden.
Frau Schäfer möchte die Einbeziehung in die strukturelle Hilfeplanung. Frau Bröcker erklärt, dass für Daten derzeit noch das Land verantwortlich ist.
Es wird festgelegt, dieses Thema nochmals in einem Ausschuss (Juni) auf die Tagesordnung zu setzen.

8. Verschiedenes

Dr. Gottschalk informiert auf der Grundlage der Information des BMFSFJ zum Sachstand des Bewerbungsverfahrens Mehrgenerationenhaus in Magdeburg.
Beworben haben sich: Bürgerhaus Alte Schule Salbke, Caritasverband für das Bistum Magdeburg e.V., Jugend- und Sozialzentrum Mutter Theresa, CVJM Magdeburg e.V., Nachbarschaftszentrum Neustädter Feld, St. Adelheidhaus, Die Brücke Magdeburg e.V.
In der Entscheidungsfindung des BMFSFJ ist im Aktionsprogramm das Nachbarschaftszentrum Neustädter Feld als Mehrgenerationenhaus ausgewählt worden. Durch das BMFSFJ und die Serviceagentur im Aktionsprogramm wurde klargestellt, dass die Landeshauptstadt Magdeburg nur ein Vetorecht hinsichtlich des Ausschlusses des durch das BMFSFJ ausgewählten Bewerbers mit der Benennung von Einwänden gegen diese Entscheidungsfindung hat.
Der Ausschuss bedauert das Verfahren und stellt fest, dass keine Einwände durch die Mitglieder benannt werden und kein Veto gegen die Entscheidung durch die Stadtverwaltung eingelegt werden soll.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Gez. Thorsten Giefers	gez. Evelyn Pietschmann
Vorsitzende/r	Schriftführer/in